

I. Allgemeine Mandatsbedingungen

Die Bearbeitung sämtlicher Aufträge, die mir erteilt werden, erfolgt ausschließlich gemäß den nachfolgenden Allgemeinen Mandatsbedingungen.

1. Zur Anwaltskanzlei

Das Mandatsverhältnis kommt mit mir als bei der Rechtsanwaltskammer Koblenz zugelassenem Rechtsanwalt zu Stande. Die Kontaktdaten meiner Kanzlei lauten wie folgt:

Rechtsanwalt Tobias Hahn
Hauptstr. 72
55743 Idar-Oberstein

fon: 06781/45864-0
fax: 06781/45864-29

info@anwaltskanzlei-hahn.de
www.anwaltskanzlei-hahn.de

USt-ID-Nr. 306067263
Steuer-Nr.: 09/225702419

Weitere Informationen nach der DL-InfoVO erhalten Sie gerne im Internet unter www.anwaltskanzlei-hahn.de oder auf Anfrage in schriftlicher oder elektronischer Form.

2. Gegenstand der Rechtsberatung

Ich vertrete Mandanten in allen Rechtsangelegenheiten. Die Rechtsberatung bezieht sich ausschließlich auf das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gegenstand des Mandatsvertrages ist nicht die steuerliche Beratung. Steuerliche Fragen und Auswirkungen hat der Mandant durch fachkundige Dritte (Steuerberater, Wirtschaftsprüfer etc.) auf eigene Verantwortung prüfen zu lassen. Ich bin berechtigt, zur Bearbeitung des Mandats Mitarbeiter, andere Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälte und sonstige fachkundige Dritte heranzuziehen. Sofern dadurch zusätzliche Kosten entstehen, verpflichte ich mich, zuvor die Zustimmung des Mandanten einzuholen. Das Mandat erstreckt sich nur auf die der Beauftragung zugrunde liegende Angelegenheit.

3. Beginn und Beendigung des Mandats

3.1 Das Mandatsverhältnis beginnt mit der Zustimmung zu den allgemeinen Mandatsbedingungen, spätestens jedoch mit der Inanspruchnahme der anwaltlichen Dienstleistung. Der Termin, bis zu dem die Kanzlei die Dienstleistung erbringen muss, richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls (tatsächliche und rechtliche Komplexität der Angelegenheit, zu beachtende Fristen und Termine, Auslastung der Kanzlei). Verbindliche Leistungstermine sind zu vereinbaren.

3.2 Das Mandat ist mit Abschluss der Angelegenheit beendet, wenn nicht zuvor eine Kündigung durch mich oder durch den Mandanten erfolgt oder wenn der Mandant nach zweimaliger, erfolgloser Bitte um Rücksprache nicht reagiert. Die Kündigung ist im Rahmen von § 671 BGB jederzeit möglich. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund sowie im Falle des Wegfalls der Geschäftsgrundlage (§§ 313; 314 BGB).

4. Vergütungshinweis

Die für die anwaltliche Tätigkeit zu erhebenden Gebühren richten sich auf der Basis des **Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes nicht nach Betragsrahmen oder Festgebühren, sondern nach dem Gegenstandswert. Etwas anders gilt für reine Beratungen, in Straf- und Bußgeldsachen sowie in sozialrechtlichen und sozialgerichtlichen Angelegenheiten; ferner dann, wenn eine hiervon abweichende Vergütungsvereinbarung getroffen wurde.**

5. Pflichten des Mandanten

5.1 Der Mandant ist verpflichtet, die Kanzlei über alle mit dem Auftrag zusammenhängenden Tatsachen umfassend und wahrheitsgemäß informieren und sämtliche mit dem Auftrag zusammenhängenden Unterlagen und Daten in geordneter Form zu übermitteln.

5.2 Der Mandant ist verpflichtet während der Dauer des Mandats nur in Abstimmung mit der Kanzlei mit Gerichten, Behörden, der Gegenseite oder sonstigen Beteiligten Kontakt aufnehmen.

5.3 Der Mandant wird die Kanzlei unverzüglich unterrichten, wenn er seine Anschrift, Telefon- und Faxnummer, E-Mail-Adresse etc. wechselt oder er über längere Zeit wegen Urlaubs oder aus anderen Gründen nicht erreichbar ist.

5.4 Der Mandant wird die ihm von der Kanzlei übermittelten Schreiben und Schriftsätze sorgfältig daraufhin überprüfen, ob die darin enthaltenen Sachverhaltsangaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

5.5 Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass Fristversäumnisse schwerwiegende Konsequenzen haben können.

5.6 Der Mandant verpflichtet sich, bei fristgebundenen Angelegenheiten die benötigten Informationen unverzüglich zur Verfügung zu stellen und etwaige Hinderungsgründe sofort mitzuteilen. Weisungen und Aufträge des Mandanten zu fristgebundenen Maßnahmen sind spätestens einen Tag vor Fristablauf an gegenüber der Kanzlei in Textform mitzuteilen.

5.7 Soweit die Kanzlei auch beauftragt ist, den Schriftwechsel mit der Rechtsschutzversicherung zu führen, wird sie von der Verschwiegenheitsverpflichtung im Verhältnis zur Rechtsschutzversicherung ausdrücklich befreit. In diesem Fall versichert der Mandant, dass der Versicherungsvertrag mit der Rechtsschutzversicherung weiterhin besteht, keine Beitragsrückstände bestehen und in gleicher Angelegenheit keine anderen Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälte beauftragt sind.

6. Unterrichtung des Mandanten per Telefax und E-Mail; Cloud-Datensicherung

6.1 Soweit der Mandant der Kanzlei einen Faxanschluss oder eine E-Mail-Adresse mitteilt oder durch Fax oder E-Mail mit ihr kommuniziert, erklärt er sich damit bis auf Widerruf oder ausdrückliche anderweitige Weisung einverstanden, dass die Kanzlei ihm ohne Einschränkungen über diese Medien mandatsbezogene Informationen und Unterlagen zusendet. Bei E-Mails kann die Information in angehängten Dateien enthalten sein. Der Mandant sichert zu, dass nur er oder von ihm beauftragte Personen Zugriff auf das Faxgerät oder den E-Mail-Account haben und dass er Eingänge regelmäßig überprüft und eine Kontrolle des Spam-Ordners vornimmt. Dem Mandanten ist bekannt, dass bei unverschlüsselten E-Mails nur eingeschränkte Vertraulichkeit gewährleistet ist.

6.2 Der Mandant willigt ein, dass seine mandatsbezogenen Daten in verschlüsselter Form auf in Europa gelegenen Servern der Firma 1 & 1 IONOS SE mit Sitz in 56410 Montabaur zum Zwecke der Datensicherung gespeichert werden. Auf die gesonderte Datenschutzerklärung wird verwiesen.

8. Zahlungspflicht des Mandanten; Abtretung; Kostenerstattung

8.1 Der Mandant ist verpflichtet, auf Anforderung der Kanzlei einen angemessenen Vorschuss (§ 9 RVG) und nach Beendigung des Mandats die vollständige Vergütung der Kanzlei zu bezahlen. Dies gilt auch, wenn Kostenerstattungsansprüche gegen Rechtsschutzversicherung, Gegenseite oder Dritte bestehen.

8.2 Zahlungen sind fällig innerhalb einer Woche nach Rechnungszugang. Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass er 30 Tage nach Fälligkeit gem. § 286 Abs. 3 BGB automatisch in Verzug kommt.

8.3 Der Mandant tritt sämtliche Ansprüche auf Kostenerstattung durch die Gegenseite, die Rechtsschutzversicherung oder sonstige Dritte in Höhe der Honorarforderung der Kanzlei hiermit an diese ab. Diese nimmt die Abtretung an.

8.4 Die Kanzlei darf eingehende Zahlungen auf offene Honorarforderungen, auch aus anderen Angelegenheiten, verrechnen.

8.5 Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass in arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten außergerichtlich sowie in der ersten Instanz kein Anspruch auf Erstattung der Anwaltsgebühren oder sonstiger Kosten besteht. In solchen Verfahren trägt unabhängig vom Ausgang jede Partei ihre Kosten selbst. Dies gilt grundsätzlich auch für Kosten in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

9. Aktenaufbewahrung und Vernichtung

Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass Handakten des Rechtsanwalts bis auf die Kostenakte und etwaige Titel nach Ablauf von fünf Jahren nach Beendigung des Mandats (§ 50 Abs. 2 S. 1 BRAO) vernichtet werden. Im Übrigen gilt § 50 Abs. 2 S. 2 BRAO. Der Eintritt der regelmäßigen Verjährung des Herausgabeanspruchs gem. §§ 195; 199 BGB bleibt hiervon unberührt.

10. Umgang mit Beschwerden

Beschwerden können Sie jederzeit gerne gegenüber der Kanzlei formulieren. Bei Streitigkeiten zwischen Rechtsanwälten und ihren Auftraggebern besteht auf Antrag zudem die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitschlichtung bei regionalen Rechtsanwaltskammer Koblenz gemäß § 73 Abs.2 Nr.3 i.V.m. § 73 Abs.5 BRAO oder bei der Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft (gemäß § 191f. BRAO) bei der Bundesrechtsanwaltskammer, im Internet zu finden über die Homepage der Bundesrechtsanwaltskammer (www.brak.de), E-Mail: schlichtungsstelle@brak.de.

11. Haftungsbeschränkung

Für Fälle einfacher Fahrlässigkeit wird die Haftung der Kanzlei auf den Betrag von 1.000.000,00 EUR für jeden Schadensfall beschränkt, wenn insoweit Versicherungsschutz besteht (§ 52 Abs. 2 Nr. 2 BRAO).

12. Schlussbestimmungen

12.1 Die vorstehenden Mandatsbedingungen gelten auch für künftige Mandate, soweit nichts Entgegenstehendes schriftlich vereinbart wird. Die Rechtsunwirksamkeit einer Bestimmung berührt die Rechtswirksamkeit der anderen Vertragsteile nicht. Die Vertragspartner verpflichten sich, eine unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Regelung zu ersetzen, die ihr im wirtschaftlichen Ergebnis am nächsten kommt und dem Vertragszweck am besten entspricht.

12.2 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

12.3 Erfüllungsort ist der jeweilige Kanzleisitz des sachbearbeitenden Rechtsanwalts. Ist der Mandant ein Kaufmann, eine juristische Personen des öffentlichen Rechts oder ein öffentlichrechtliches Sondervermögen ist der Erfüllungsort zugleich als Gerichtsstand vereinbart.

II. Datenschutzerklärung

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Rechtsanwalt Tobias Hahn
Hauptstr. 72
55743 Idar-Oberstein

fon: 06781/458640
fax: 06786/4586429

info@anwaltskanzlei-hahn.de
www.anwaltskanzlei-hahn.de

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie die Kanzlei beauftragen, erheben wir folgende Daten

- Anrede, Vorname, Nachname,
- E-Mail-Adresse(n),
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk); Telefaxanschluss
- weitere Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage zur Mandatsbearbeitung und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich. Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

3.1 Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

3.2 Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie an Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen

Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden. Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

3.3 Die Kanzlei nimmt am elektronischen Rechtsverkehr teil. Dies macht eine elektronische Aktenführung erforderlich. Art. 5 Abs. 1 lit. f) DSGVO verpflichtet uns dazu, personenbezogene Daten in einer Weise zu verarbeiten, die eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleistet, einschließlich Schutz vor unbeabsichtigtem Verlust, unbeabsichtigter Zerstörung oder unbeabsichtigter Schädigung durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen („Integrität und Vertraulichkeit“). Um dies zu gewährleisten, werden die zur Mandatsbearbeitung erhobenen und gespeicherten Daten und Unterlagen auf externen, in Europa gelegenen Servern der Firma 1&1 IONOS SE in verschlüsselter Form auf Basis einer Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung gesichert und gespeichert.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen; • gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an

Rechtsanwalt Tobias Hahn
Hauptstr. 72
55743 Idar-Oberstein

fon: 06781/458640
fax: 06781/4586429

info@anwaltskanzlei-hahn.de

III. Bestätigung

Mit den vorstehenden Allgemeinen Mandatsbedingungen bin ich (sind wir) einverstanden und ich bestätige, nachfolgende Unterlagen erhalten zu haben:

- Allgemeine Mandatsbedingungen (mit Informationen über die wesentlichen Eigenschaften der Dienstleistung, über die Identität und Erreichbarkeit der Kanzlei, über die Art und Weise der Gebührenberechnung, über die Zahlungs- und Leistungsbedingungen sowie über den Zeitpunkt der Ausführung der beauftragten Dienstleistung, über die Laufzeit des Vertrages und die Möglichkeiten seiner Beendigung sowie über die Möglichkeiten eines außergerichtlichen Beschwerdeverfahrens)
- Datenschutzerklärung

Ort, Datum

Unterschrift (en)